

DIE LINKE Kreis Stade
c/o Benjamin Koch- Böhnke, Hastedtstraße 34, 21614 Buxtehude

Mahnwache für den Atomausstieg
Herr Thomas Ringleben-Fricke
Bertramstr. 65
21614 Buxtehude

KONTAKTDATEN
DIE LINKE Kreis Stade
c/o Benjamin Koch-Böhnke
Hastedtstraße 34
21614 Buxtehude

TEL +49 (0)4161 / 75 88 93
Mobil: 01 70 / 48 64 170

email@benjaminboehnke.de

Betreff: Einladung zur Vorstellung Eures Energiepolitischen Parteiprogramms zur Kommunalwahl

Lieber Thomas!

Wir bedanken uns für Eure Einladung zur Mahnwache für den Atomausstieg und möchten Dir hiermit mitteilen, das wir Eure Einladung gerne annehmen.

Unten aufgeführt findet Ihr unsere Position zum Thema „Energie- und Atomausstiegspolitik.“

Ausschnitt aus unserem Kapitel unseres Kreiswahlprogrammes:

Sozial-ökologischer Wandel, Hochwasserschutz, Verbraucherschutz

Wenn auch die kommenden Generationen noch eine Umwelt haben sollen, in der sie gut leben können, ist ein sozial-ökologischer Wandel unabdingbar. Deshalb lehnt DIE LINKE sowohl Atomkraft als auch den Bau neuer Kohlekraftwerke ab! Wir fordern die Kommunen auf, keinen Atomstrom mehr einzukaufen und keine weiteren Biogasanlagen zu genehmigen. DIE LINKE will stattdessen der Solartechnik und der modernen Windenergie den Vorrang geben. Die Liegenschaften des Landkreises sollen verstärkt zur Gewinnung von Solarstrom genutzt werden.... (Gilt natürlich auch für Buxtehude)

PS: Da wir für zwei Programme leider nur wenig Platz in unseren Broschüren haben mussten wir sehr Zusammenfassen. Unten siehe Parteiposition und Rahmenwahlprogramm zum Thema

Zusammenfassung unserer Parteiposition:

Atomenergie

Kurz vor dem 25. Jahrestag von Tschernobyl hat die Katastrophe der japanischen Atomkraftwerke in Fukushima der Welt auf dramatische Weise abermals die unbeherrschbaren Gefahren der Atomkraft vor Augen geführt. Die schrecklichen Ereignisse in Japan verdeutlichen erneut: Der Betrieb von Atomkraftwerken ist unverantwortbar – in Japan, in Deutschland, weltweit. Nur ein zurückgebautes Atomkraftwerk ist ein sicheres Atomkraftwerk.

Der im Sommer 2011 verabschiedete Atomkompromiss von Union, SPD, FDP und Grünen setzt elf weitere Jahre auf die Atomkraft. Zwar wurden die sieben ältesten Atomkraftwerke sowie das AKW Krümmel vom Netz genommen. Die Betriebsgenehmigung der übrigen neun Atomkraftwerke erlischt jedoch nur schrittweise bis zum Ende des Jahres 2022. Wie schon beim rot-grünen Atomausstieg richten sich die AKW-Restlaufzeiten nach den Profitinteressen der Betreiber. So steht es explizit in der Gesetzesbegründung: „Auch die nunmehr vorgesehene zeitliche Befristung der Berechtigung zum Leistungsbetrieb ist (...) so ausgestaltet, dass die von dieser Regelung betroffenen Unternehmen nicht unverhältnismäßig belastet werden und den Betreibern eine Amortisation der Investitionen sowie die Erzielung eines angemessenen Gewinns weiterhin ermöglicht wird.“

DIE LINKE fordert einen unverzüglichen und unumkehrbaren Atomausstieg. Die Restlaufzeiten der neun noch laufenden Atomkraftwerke sollen deutlich verkürzt werden, so dass innerhalb der kommenden Wahlperiode (2013-2017) das letzte Atomkraftwerk in Deutschland vom Netz geht. Daneben soll ein Verbot der friedlichen wie militärischen Nutzung der Atomenergie im Grundgesetz verankert werden. Für einen wirklichen Ausstieg aus der Atomwirtschaft muss auch die Fertigung atomarer Brennelemente in Gronau beendet werden.

Der unverzügliche Ausstieg ist gleichsam die notwendige Voraussetzung für einen verantwortbaren Umgang mit dem Atommüll. Mit Einführung der Atomkraft für militärische Zwecke und für die kommerzielle Energieerzeugung wurde ein ökologisches und ethisches Problem geschaffen, das seither stetig größer wird. Ein „Entsorgen“ ist nicht möglich, impliziert dieser Begriff doch, genauso wie „Endlagerung“, das Problem ließe sich aus der Welt schaffen. „Aus den Augen aus dem Sinn“ ist keine Option, da Atommüll auch bei unterirdischer Einlagerung weiterhin als potenzielle Gefahr für Mensch und Natur angesehen werden muss. Es bleibt lediglich der verantwortungsvolle Umgang und somit das Finden einer mit den wenigsten Risiken behafteten Verwahrungsoption.

Zu einem neuen und offenen Suchprozess für eine Atommüllverwahrungsstätte gehören das Eingeständnis von Fehlern und die Möglichkeit, aus Fehlern zu lernen. Deshalb ist es wichtig, vor einem Neuanfang bei der Standortsuche die Fehler bei den bisherigen Atommüllstandorten aufzuarbeiten: juristisch, politisch und wissenschaftlich. Daneben brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte, wie wir mit der radioaktiven Hinterlassenschaft umgehen wollen. Verwahrungskonzepte für den Atommüll – unterirdisch oder oberirdisch, dauerhaft oder rückholbar – müssen ebenso wie mögliche standortunabhängige Kriterien für die Auswahl eines Standortes grundlegend diskutiert werden. Dies wäre die Basis eines Gesetzes für die dauerhafte Verwahrung von Atommüll. Was gegenwärtig geschieht ist das genaue Gegenteil: keine Aufarbeitung, keine Beteiligung. In Hinterzimmern wurde zwischen vier Parteien ein Standortauswahlgesetz ausgekungelt – garniert mit Pseudo-Angeboten zur zivilgesellschaftlichen

Für einen sozial-ökologischen Politikwechsel in der Kommune (kommunales Rahmenwahlprogramm)

„We have no Planet B“, so das erschreckend reale Motto der Pariser UN-Klimakonferenz im Dezember 2015. Umweltzerstörung kennt keine Grenzen: Atomunfälle, Klimagase, saurer Regen, Grund- und Oberflächenwasservergiftung durch Ölfälle, Fracking und Chemieabfälle, zubetonierte Landschaften, Brandrodung, Vergiftung von Mensch und Umwelt durch Pestizide, Vermüllung oder Artensterben.

Die Methoden der Umweltzerstörung sind vielfältig und finden auf allen Ebenen statt – auch in der Kommune. Diese Naturzerstörung, der Klimawandel und die Endlichkeit der Ressourcen zeigen deutlich die Grenzen unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Obwohl die Notwendigkeit eines Klimaschutzprogramms und ein umfassender Umweltschutz allgemein anerkannt sind, wird mit Rücksicht auf die Interessen mächtiger Konzerne auf die notwendige Umsetzung von Alternativen verzichtet. Wir brauchen ein ökologisches Gleichgewicht und nicht eine Ökonomie, die sich ausschließlich an den Gesetzen des Marktes orientiert und auf grenzenloses Wachstum setzt.

Umgehungsstraße gegen Naturschutzgebiet, Müllverbrennung statt Müllvermeidung, Stromautobahn statt dezentrale alternative Energiegewinnung, jahrzehntelange Abhängigkeit der Kommunen von großen Energiekonzernen statt Energiegenossenschaften und Rekommunalisierung – das sind die originären Konfliktfälle der Umweltpolitik in der Kommune.

Für DIE LINKE gehören Umweltpolitik und Sozialpolitik zusammen: Es bedarf eines sozial- ökologischen Umbaus der Gesellschaft so wie er in den Vorschlägen der Linksfraktion im Bundestag im Projekt „Plan B“ entwickelt worden ist.

DIE LINKE fordert:

- *Die Städte- und Raumplanung muss so erfolgen, dass ein immer weiteres Auseinanderfallen von Wohnen, Arbeiten, Grundversorgung und Freizeit vermieden wird, was jedoch nicht zu vermeidbaren Lärmbelastungen in Wohngebieten führen darf.*
- *Neue Siedlungsgebiete auf dem Land müssen möglichst zugunsten von Wohnverdichtung in den bereits besiedelten Gebieten der Städte und Gemeinden vermieden werden. Das gilt auch für die Ansiedlung weiterer Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“.*
- *Rekommunalisierung der Energieversorgung in der Kommune, keine weiteren Privatisierungen.*
- *Förderung alternativer dezentraler Energieprojekte mit dem Ziel einer 100%igen alternativen Energieversorgung – z.B. mit Energiegenossenschaften.*
- *Klimaschutzprogramm zur Durchsetzung einer CO₂-freien Kommune.*
- *Sanierung von Altlasten.*
- *Zusätzliche Ausweisung von Naturschutzgebieten.*
- *Verhinderung von Fracking-Maßnahmen durch Veränderungssperren in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen.*
- *Müllvermeidungsprogramm in der Kommune durch intelligente Abfallentsorgungssysteme. Verhinderung der Müllverbrennung.*
- *Umweltpolitik muss Querschnittsaufgabe in der Kommune werden.*

Mit freundlichen Grüßen

*Benjamin Koch-Böhnke
Ortsvorsitzender
DIE LINKE.*